

Nachhaltigkeitsomnibus: Rat fordert deutliche Abschwächung des Lieferkettengesetzes

Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre Position zum [Nachhaltigkeitsomnibus](#) festgelegt. Sie fordern, den Anwendungsbereich der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) auf Unternehmen mit 1000 Mitarbeitenden und 450 Millionen Euro Nettoumsatz hochzusetzen. Bei dem Vorschlag der Kommission liegt die Grenze bei 1000 Mitarbeitern und entweder 50 Millionen Euro Umsatz oder mehr als 25 Millionen Euro Bilanzsumme.

Bei der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) fordert der Rat eine noch stärkere Abschwächung als von der Kommission vorgeschlagen. Folgendes wird gefordert:

- Die Regulierung soll auf Unternehmen mit mindestens 5.000 Mitarbeitenden und einem Nettoumsatz von 1,5 Milliarden Euro angehoben werden.
- Zugleich soll die Sorgfaltspflicht auf direkte Geschäftspartner beschränkt bleiben („Tier 1“). Ein risikobasierter Ansatz soll gelten, bei dem Unternehmen nur bei objektiven, überprüfbaren Informationen Verstößen in der tieferen Lieferkette nachgehen müssen.
- Ferner ist vorgesehen, die Pflicht zu Klimatransitionsplänen durch eine „Klarstellung“ zu ersetzen, in der das Unternehmen geplante und ergriffene Maßnahmen skizziert.
- Bei der Umsetzungsfrist der [CSDDD](#) schlägt der Rat eine Verschiebung um ein Jahr vor, auf den 26. Juli 2028.

Kritik an diesen Plänen kam von der NGO Germanwatch („EU-Staaten attackieren Menschenrechtsschutz und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft“) und der Initiative Lieferkettengesetz („hebeln den Kern der Sorgfaltspflichten aus“).

Auch eine Gruppe aus ehemals hochrangigen EU- und UN-Offiziellen meldete sich zu Wort. „Wir lehnen die falsche Dichotomie zwischen Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung auf der einen Seite und Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite ab“, heißt es in dem [öffentlichen Brief](#). Vielmehr seien die verschiedenen Ziele miteinander vereinbar und stärkten sich gegenseitig. „Ein starkes Engagement für Nachhaltigkeit erhöht die Wettbewerbsfähigkeit, stärkt die Widerstandsfähigkeit, mildert Risiken und trägt letztlich zu langfristiger Wertschöpfung und Vertrauen bei.“

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem Luxemburgs ehemaliger Außenminister Jean Asselborn, der ehemalige EU-Außenbeauftragte und frühere Vizepräsident der EU-Kommission Josep Borrell, die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson und der ehemalige EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. *Marc Winkelmann*